

Wo der Klimarappen am meisten Nutzen bringt *Massnahmen zur CO₂-Reduktion im Ausland sind schwierig umzusetzen – doch sinnvoll*

GERALD HOSP

Um die Schweizer Klimaziele zu erreichen, muss der Bund wohl Emissionszertifikate im Ausland zukaufen. Das Vorgehen ist zwar zielführend, die Pilotprojekte für künftigen Klimaschutz im Ausland kommen aber nur langsam voran.

Den sogenannten Klimarappen gibt es schon lange nicht mehr, die dazugehörige Stiftung aber noch immer. Für die auf Initiative der Schweizer Wirtschaft gegründete Organisation stellt sich seit einiger Zeit die Frage, wie sie rund 70 Mio. Fr. im Ausland ausgeben soll, um den Bund nach 2020 dabei zu unterstützen, die Vorgaben für die Reduktion von Treibhausgasen zu erfüllen. Vor kurzem hat der Bundesrat die Ziele für den Klimaschutz gar verschärft: Bis 2050 soll die Schweiz unter dem Strich keine Treibhausgase mehr ausstossen. Wie dies erreicht werden soll, bleibt unklar.

Die «Klimarappenspalter»

Die Schweiz hat sich im Rahmen des Pariser Abkommens dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen bis im Jahr 2030 im Vergleich mit 1990 zu halbieren. Dabei darf man maximal zu zwei Fünfteln auf ausländische Klimazertifikate zurückgreifen. Die Höhe des Auslandanteils ist aber umstritten. So hat sich der Nationalrat im Dezember dafür ausgesprochen, kein konkretes Inlandziel vorzuschreiben. Die Umweltkommission des Ständerats hingegen folgte im August für die Revision des CO₂-Gesetzes dem Vorschlag des Bun-

desrates. Andere Akteure wie der Verband Swis cleantech plädieren für ein deutlich höheres Inlandziel.

Was spricht für Auslandkompensationen? Weil der Klimawandel ein globales Problem darstellt, hat es keine Bedeutung, ob die Schweiz die Emissionen im Ausland oder im Inland senkt. Vielmehr sollte es dort geschehen, wo es am günstigsten ist; und dies ist aus Schweizer Sicht häufig im Ausland. Im internationalen Vergleich ist zudem der CO₂-Ausstoss der Schweiz im Verhältnis zur Bevölkerung und zur Wirtschaftsleistung gering. Die Schweizer Volkswirtschaft importiert jedoch viele CO₂-intensive Produkte und verursacht darum insgesamt mehr CO₂ im Ausland als im eigenen Land.

Hier kommt die Stiftung Klimarappen ins Spiel. Von 2005 bis 2012 erhob die Mineralölbranche als «freiwillige» Massnahme 1,5 Rp. pro Liter auf Benzin- und Dieselimporte. Mit den Einnahmen von insgesamt 718 Mio. Fr. investierte die Stiftung in Massnahmen im In- und Ausland. Dabei wurden für 244 Mio. Fr. Zertifikate von ausländischen Projekten gekauft, mit denen Emissionen eingespart wurden. Die Stiftung Klimarappen setzt seit 2013 das damals verbliebene Vermögen im Auftrag des Bundes ausschliesslich für Auslandkompensationen ein. Derzeit sind noch rund 70 Mio. Fr. übrig.

«Paris» ist eine neue Welt

Die Wirksamkeit der Auslandprojekte zur Senkung der globalen CO₂-Emissionen wird jedoch von mehreren Seiten infrage gestellt. Ein häufig vorgebrachter Vorwurf lautet, dass die Emissionsreduktionen doppelt gezählt werden – einmal im Land des Projektes und ein zweites Mal im Land des Geldgebers. Ausserdem ist häufig unklar, ob

die Finanzierung eines Auslandprojektes eine zusätzliche Senkung bringt oder ob das Vorhaben ohnehin durchgeführt worden wäre. Mehrere Studien verweisen darauf, dass rund drei Viertel der Finanzierungen im Rahmen des Kyoto-Prozesses keine zusätzlichen Wirkungen erbracht hätten.

Marco Berg, Geschäftsführer der Stiftung Klimarappen, räumt ein, dass das alte System Probleme gehabt habe, zumal es keine Ziele für die Länder gab, in denen die Projekte umgesetzt wurden. Beim Kauf der Zertifikate habe die Stiftung auf alle Fälle alle rechtlichen Vorschriften des Bundes und der internationalen Organisationen eingehalten. «Wir sind mit dem Pariser Abkommen, das den Kyoto-Prozess ablöst, ohnehin in einer neuen Welt», meint Berg. Mit «Paris», das ab 2021 die internationale Klimapolitik und den Markt für Emissionszertifikate regelt, sollen Doppelzählungen vermieden werden. Länder, die Bescheinigungen verkaufen, können diese eingesparten CO₂-Mengen nicht auch für sich verbuchen. Vielmehr müssen sie dies in ihrer Klimabilanz ausgleichen. Ausserdem können nur Projekte angerechnet werden, die einen zusätzlichen Nutzen bringen.

Weil Ende des vergangenen Jahres noch keine verbindlichen internationalen Regeln für den Zertifikatehandel im Rahmen von «Paris» beschlossen worden sind, müssen zur Abrechnung der Zertifikate vorläufig bilaterale Abkommen zwischen den Staaten vereinbart werden. Die Stiftung Klimarappen und der Bund entwickeln in diesem Umfeld Pilotprojekte für diese neue Welt: in Peru für effiziente Kochöfen, in Mexiko für Deponiegase und in Thailand eines im Zusammenhang mit Elektrofahrzeugen. Es sind aber noch einige Fragen offen.

Die Pilotprojekte sind vor drei Jah-

Keine Nabelschau
beim Klimaschutz

ren in Angriff genommen worden. Zunächst hatte es einen Vertrag zur Umsetzung zwischen der Stiftung und dem Bund bis 2022 gegeben; dieser wurde nun bis 2032 verlängert, weil das Geld noch nicht ausgegeben werden konnte. Auf die Frage, warum dies so lange dauere, meint Mischa Classen, Verantwortlicher für Auslandprojekte bei der Stiftung Klimarappen: «Wir gehören zu den Ersten, die sich damit beschäftigen. Meist gibt es in den Partnerländern noch keine Strukturen.»

Ein Grund für die Verzögerung ist auch, dass die einzelnen Länder auf Finanzierungsangebote aus dem Ausland erst eingehen können, wenn deren Regierungen wissen, wie sie ihre Klimaziele umsetzen. Jedes Land, das ein Projekt für ausländische Geldgeber anbietet, handelt sich Verpflichtungen ein. Dies heisst, dass unter «Paris» die an das Ausland verkaufte Einsparung nicht für die inländische Bilanz genutzt werden kann. Bei einer begrenzten Anzahl an Projekten wird die «Konkurrenz» um solche Vorhaben grösser. Wegen der Verquickung mit den Klimazielen des jeweiligen Landes sind auch vermehrt staatliche Stellen involviert.

«Wenn das erste bilaterale Abkommen einmal steht, wird die Abwicklung von weiteren Vereinbarungen schneller gehen», sagt Andrea Burkhardt, Leiterin der Abteilung Klima beim Bundesamt für Umwelt. Sie ist guter Dinge, dass bis 2021 die ersten Erfahrungen mit zwischenstaatlichen Verträgen stehen werden.

Der Preis der Einsparungen

Aber auch wenn dies der Fall sein sollte, stellt sich die Frage, ob Auslandkompensationen tatsächlich günstiger sind als Massnahmen im Inland. In der «Kyoto-Welt» war dies so: Zwischen 2008 und 2012 betrug laut der Stiftung die Kosten, um eine Tonne CO₂ zu vermeiden, im Inland 160 Fr. und im Ausland 15 Fr. Dabei kaufte die Stiftung gar Zertifikate zum Preis von € 0.5 für eine Tonne. Im Paris-Regime wird aber voraussicht-

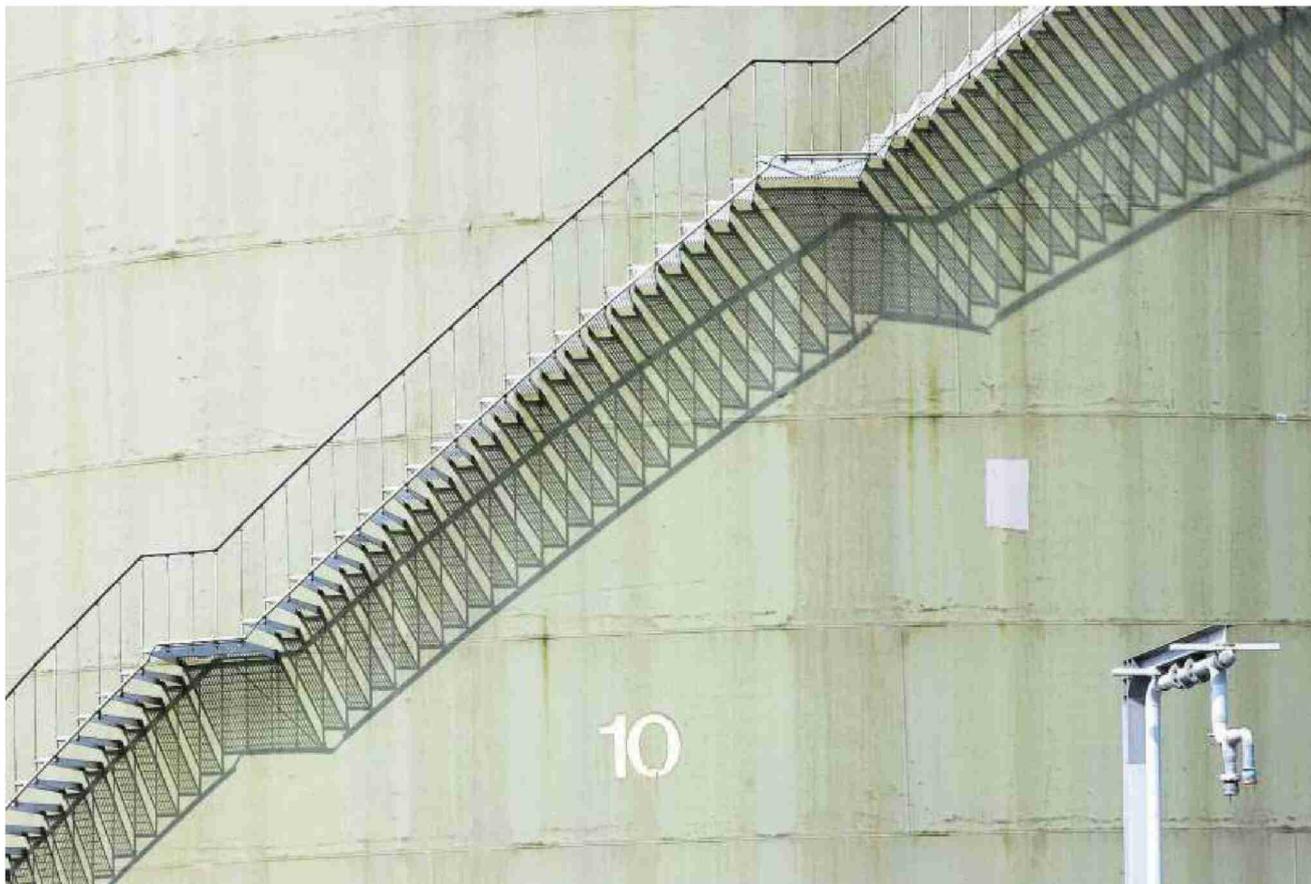
lich das Angebot an Projekten für ausländische Geldgeber geringer als früher sein, und die Staaten werden wohl ihre kostenintensivsten Projekte anbieten und billigere Einsparungen für sich selber nutzen.

Wie sehr der Preis aber für die Reduktion einer Tonne CO₂ steigen wird, ist Gegenstand von Prognosen mit grosser Bandbreite: Während die Stiftung Klimarappen derzeit mit einem künftigen Preis von 20 Fr. rechnet, wird in der jüngsten Studie des Bundes eine Bandbreite von 70 bis 100 Fr. genannt. Bisher gab es jedoch noch keine ein-

Geld ist häufig nicht das Problem, vielmehr dessen wirksame Verwendung.

zige Transaktion mit Zertifikaten gemäss dem Pariser Abkommen. Die Prognosen sind derzeit ein Stochern im Nebel. Neben dem Angebot ist auch die Nachfrage ungewiss, zumal neben der Schweiz bis jetzt nur wenige weitere Länder auf Auslandkompensationen setzen wollen.

Derzeit kostet im Inland die Einsparung einer Tonne CO₂ rund 100 Fr. Aber dieser Preis wird voraussichtlich steigen, weil auch in der Schweiz vermehrt reguliert, mit Zielvorgaben operiert und subventioniert wird, so dass die Möglichkeiten für einen Zertifikatekauf im Inland abnehmen. Ausserdem sinkt über die Zeit die Wirksamkeit eines zusätzlich ausgegebenen Frankens, weil am Anfang die einfachsten Massnahmen umgesetzt werden. Ferner ist meist ungewiss, welche Effekte neue Technologien haben werden. Geld ist häufig nicht das Problem, vielmehr dessen wirksame Verwendung. Befürworter eines hohen Inlandanteils argumentieren auch damit, dass dadurch die Wertschöpfung in der Schweiz bleibe. Damit vermischt sich jedoch eine verkappte Industriepolitik mit Klimazielen.



Sogar die Mineralölwirtschaft (im Bild ein Tanklager in Rümlang) unternimmt Schritte in Richtung Klimaschutz.

CH.RUCKSTUHL / NZZ

Vorsorglicher Kauf von Zertifikaten

gho. Für das Jahr 2020 muss die Schweiz nicht nur ein Klimaziel einhalten, sondern mindestens zwei. Erstens soll der Treibhausgasausstoss gemäss dem nationalen CO₂-Gesetz bis zum Jahr 2020 um mindestens ein Fünftel gegenüber dem Jahr 1990 reduziert werden. Dies soll über Massnahmen im Inland erfolgen. Zweitens ist die Schweiz auch im Rahmen des internationalen Kyoto-Prozesses dazu verpflichtet, die Emissionen im Durchschnitt der Jahre von 2013 bis

2020 um 15,8% gegenüber 1990 zu senken. Dafür können Auslandkompensationen eingesetzt werden, was voraussichtlich auch notwendig sein wird.

Die Stiftung Klimarappen hat bereits ausländische Klimazertifikate für den Fall gekauft, dass die Schweiz die Kyoto-Verpflichtungen verpasst. Insgesamt erwarb die Stiftung Bescheinigungen für eine Reduktion von 12 Mio. t CO₂ zu einem Durchschnittspreis von € 0,5. Zudem sind bereits weitere 8 Mio. t ver-

traglich zugesichert, wobei die Zertifikate für 2 Mio. t schon ausgeliefert sind. Der Durchschnittspreis für diese Bescheinigungen beträgt rund 10 \$.

Die Pilotprojekte der Stiftung Klimarappen sind auch wichtig für die im Jahr 2012 vom Branchenverband Avenegy Suisse, vormalig Erdöl-Vereinigung, gegründete Stiftung Klik, die im Rahmen des CO₂-Gesetzes den Auftrag hat, einen Teil der Treibstoffemissionen zu kompensieren. Klik will ab 2021 auch Zertifikate im Ausland erwerben.